

## Gesundheitliche Chancengleichheit als integrationspolitische Aufgabe

Gesundheitliche Ungleichheit ist ungerecht, wenn der schlechte Gesundheitszustand auf eine schlechte Verteilung der gesundheitsrelevanten sozialen Determinanten zurückzuführen ist, wie beispielweise fehlende Chancengleichheit beim Zugang zu Bildung oder zu den Leistungen des Gesundheitssystems. Migration ist eine wichtige Ursache unter anderen, die gesundheitliche Ungleichheit bewirken kann. Aus diesem Grund muss beim Erarbeiten von Gesundheitsstrategien, insbesondere in den Bereichen Gesundheitsförderung und Prävention, die Migrationsbevölkerung berücksichtigt werden. Gerade bei älteren Migrantinnen und Migranten ist der Erhalt von Lebensqualität nicht nur ein Gewinn für die Betroffenen, sie fördert deren Integration und ist auch volkswirtschaftlich eine Notwendigkeit, da sich dank der Autonomie älterer Menschen die Zeit der Pflegebedürftigkeit und damit die Pflegekosten reduzieren.

In der Schweiz haben wissenschaftliche Untersuchungen ergeben, dass der Gesundheitszustand von Angehörigen der Migrationsbevölkerung in verschiedenen Bereichen schlechter ist als jener der Einheimischen. Migrantinnen und Migranten sind aufgrund von Migrationsgeschichte und sozialer Lage teilweise spezifischen Gesundheitsrisiken ausgesetzt. Dies gilt besonders für die ältere Migrationsbevölkerung, da sich im Alter verschiedene Belastungen kumulieren. Arbeitsbedingungen mit andauernden starken körperlichen Belastungen, Doppel- und Dreifachbelastungen, besonders von Migrantinnen, führen zu körperlichen Verschleisserscheinungen. Zu den Belastungen durch die Arbeit kommen migrations-spezifische psychosoziale Belastungen dazu, welche sich durch familiäre Trennungen, die oft unsichere Zukunftsperspektive und andauernde soziale Marginalisierung aufgrund von Integrationsbarrieren ergeben. Eine erhöhte berufsbedingte Invaliditätsrate, vor allem bei Männern, sowie ein schlechteres subjektives Gesundheitsempfinden im Alter wurden statistisch für die Migrationsbevölkerung in der Schweiz nachgewiesen.

Ältere Migrantinnen und Migranten stellen demzufolge eine Risikogruppe mit einem erhöhten Gesundheitsrisiko dar. Diese Entwicklung ist umso bedenklicher, als ursprünglich nur körperlich gesunde Arbeitskräfte in der Schweiz eingelassen wurden. Unter diesen Voraussetzungen besteht ein ausgewiesener Bedarf an spezifisch auf die ältere Migrationsbevölkerung ausgerichteten gesundheitsfördernden und präventiven Massnahmen. Um die allgemeine Gesundheit und das Gesundheitsverhalten zu verbessern, muss auch der Zugang der Migrationsbevölkerung zum Gesundheitssystem gewährleistet sein. Gemäss einer Erhebung des Nationalen Forums Alter und Migration (ausgeführt durch das Schweizerische Rote Kreuz) sind jedoch Massnahmen zur Gesundheitsförderung und Prävention bei älteren Migrantinnen und Migranten in der Schweiz bisher noch sehr wenig entwickelt.

Vor diesem Hintergrund ist es notwendig, die Entwicklung geeigneter Methoden zur Gesundheitsförderung und Prävention bei älteren Migrantinnen und Migranten voranzutreiben. Die Institutionen der Gesundheitsversorgung stehen vor der Aufgabe, ihre Dienste so anzupassen, dass sie dieser Diversität gerecht werden und sie die Chancengleichheit und Partizipation aller Patientinnen und Patienten sowie Heimbewohnerinnen und -bewohner erreichen können, wie von der Weltgesundheitsorganisation WHO gefordert.

Um dies zu ermöglichen, sind verschiedene Wege gleichzeitig einzuschlagen. Der eine besteht darin, im Gesundheitsbereich eine Politik zu verfolgen, die das Thema *Migration/Integration* in den generellen *Diversity Mainstream* überführt. In der Praxis bedeutet Mainstreaming, dass Umsetzungsmassnahmen und Programme die individuelle und gruppenspezifische Vielfalt in eine ganzheitliche Betrachtung einbeziehen, mit dem Ziel, Chancengleichheit in der Vielfalt zu erreichen. Ein zweiter Weg besteht in der transkulturellen Öffnung der Institutionen des Gesundheits- und Sozialwesens, der Altersversorgung und der Seniorenarbeit. Diese sollen ihre Angebote gezielt auch älteren Migrantinnen und Migranten zugänglich machen und bestehende Zugangsschranken abbauen. Schliesslich muss das Thema Migration in die Aus- und Weiterbildung von Fachpersonen in der ambulanten und stationären Altersarbeit und -pflege im Hinblick auf die Förderung eines kompetenten Umgangs mit älteren Migrantinnen und Migranten integriert werden.